Sachgebiet Schulverband Cadolzburg	Sachbearbeiter Herr Schreitter		
Beratung Verbandsversammlung Zweckverband Freie Jugendarbeit südl. Landkreis Fürth	Datum 30.06.2020	Behandlung öffentlich	Zuständigkeit Entscheidung
Betreff Beschlussfassung über die Übernahme der bisherigen Geschäftsordnung			

Sachverhalt:

Die Zweckverbandsversammlung „Freie Jugendarbeit südlicher Landkreis Fürth“ hat sich im Jahr 2014 eine Geschäftsordnung erlassen.

Jedem Mitglied der Zweckverbandsversammlung „Freie Jugendarbeit südlicher Landkreis Fürth“ wurde bereits ein Exemplar der Geschäftsordnung ausgehändigt.

Diese Geschäftsordnung ist analog der Gemeindeordnung (GO) bei jeder Legislaturperiode neu zu beschließen.

Vorschlag zum Beschluss:

Nach Vortrag durch den Zweckverbandsvorsitzenden beschließt die Zweckverbands-versammlung „Freie Jugendarbeit südlicher Landkreis Fürth“ die bisherige Geschäftsordnung in der vorliegenden Form für die Legislaturperiode 2020/2026 zu übernehmen.

oder

Nach Vortrag durch den Zweckverbandsvorsitzenden beschließt die Zweckverbands-versammlung „Freie Jugendarbeit südlicher Landkreis Fürth“ die bisherige Geschäftsordnung in der vorliegenden Form für die Legislaturperiode 2020/2026 mit folgenden Änderungen zu übernehmen:

Zu § 11 Abs. 7, 1. Satz:

Die Verbandsmitglieder werden mit ihrem Einverständnis elektronisch (digital) zu den Sitzungen eingeladen, indem der Sitzungstermin und der Sitzungsort durch eine E-Mail und die Tagesordnung durch einen mit dieser E-Mail versandten link auf eine in einem technischen individuellen gegen Zugriff Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) eingestelltes und abrufbares Dokument mitgeteilt werden.

§ 11 Abs. 7, Satz 4 wird gestrichen.

Ergänzend zu § 11 Abs. 7, nach Satz 3 sollen weitere Sätze eingefügt werden:

Die Tagesordnung geht zu, wenn die E-Mail nach Absatz 1 Satz 1 im elektronischen Briefkasten des Empfängers oder bei seinem Provider abrufbar eingegangen und üblicherweise mit der Kenntnisnahme zu rechnen ist. Für den Nachweis des Zugangs einer De-Mail genügt die Eingangsbestätigung nach § 5 Abs. 8 des De-Mail-Gesetzes. Die weiteren Unterlagen können schriftlich, oder elektronisch im Ratsinformationssystem im Sinne von Absatz 7 Satz 1 zur

Verfügung gestellt werden. Hat das Verbandsmitglied sein Einverständnis zu elektronischen Ladung erklärt, werden die weiteren Unterlagen grundsätzlich nur elektronisch bereitgestellt.